

Betriebsräte sehen Konzept kritisch

Kündigungen in Stahlbranche

VON CLAUD HAFERT

Duisburg. Beim angeschlagenen Industriekonzern Thyssen-Krupp beurteilen die Betriebsräte das vom Vorstand vorgelegte Konzept für den Umbau des Stahlbereichs skeptisch. „Es gibt Licht, aber auch ganz viel Schatten“, sagte der Stahl-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Tekin Nasikkol am Donnerstag in Duisburg. „Wir können definitiv keine Entwarnung geben.“ Für die Beschäftigten gebe es „keine langfristigen Sicherheiten“. Der Betriebsrat werde das Konzept jetzt kritisch prüfen. Beim größten deutschen Stahlerzeuger sollen 2000 Arbeitsplätze wegfallen, einzelne Werke stehen auf der Kippe.

Nasikkol kündigte Widerstand der Beschäftigten gegen eine Schließung des Werks für Grobblech in Duisburg an. Thyssen-Krupp prüft für die Anlage mit rund 800 Beschäftigten die Optionen Verkauf, Sanierung oder Stilllegung. Ein Verbleib im Konzern sei aber eher unrealistisch, heißt es in einer Information des Vorstands für die Mitarbeiter. Auch die Zukunft anderer Werke ist offen. „Wir sind in einer Abwärtsspirale“, hatte der Stahlvorstand in der Mitteilung betont.

Nasikkol bezeichnete es als positiv, dass der Stahlvorstand endlich die Notwendigkeit hoher Investitionen in die Werke erkannt habe und die Produktionsmenge von 11,5 Millionen Jahrestonnen Stahl nicht kürzen wolle. Die Investitionsplanungen stünden aber unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Konzernvorstands. Ob es die gebe, sei ungewiss. Die neue Konzernchefin Martina Merz hatte angekündigt, die einzelnen Unternehmenszweige stünden künftig „miteinander im Wettbewerb um Investitionen“.

Thema beim SPD-Bundesparteitag

Die Bremer Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski (SPD) hat gemeinsam mit 20 anderen Bundestagsabgeordneten vereinbart, die deutsche Stahlindustrie beim SPD-Bundesparteitag ab diesem Freitag zu thematisieren. Die Branche habe nur dann eine Zukunft, wenn Beschäftigte, Politik und vor allem die Unternehmen an einem Strang zögen, sagte Ryglewski. „Wir sind bereit, die Betriebe zu unterstützen, die Forschung voranzutreiben, notwendige Investitionen zu tätigen und Arbeitsplätze zu sichern.“

Thyssen-Krupp will den vom Umbau betroffenen Stahlarbeitern möglichst andere Arbeitsplätze anbieten. „Dafür werden wir von unseren Mitarbeitern mehr Flexibilität einfordern müssen“, sagte Personalvorstand Oliver Burkhard der „WAZ“ (Donnerstag). Beim Personalabbau seien „für die ersten Jahre“ nicht mehr als die angekündigten 2000 Stellen notwendig. „Ob wir 2030 am Ende weniger Beschäftigte haben werden als heute geplant, lässt sich noch nicht sagen, also auch nicht ausschließen“, fügte er hinzu. Der Betriebsrat verlangt einen Tarifvertrag, mit dem betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden. Derzeit gilt der Kündigungsschutz bis mindestens Ende März.
